

Abo **Kiesabbau in Lindau**

Kiesgruben-Gegner erhalten Verstärkung

Der Kiesabbau in Tagelswangen rückt näher. Er wird die Landschaft für Jahrzehnte umpflügen. Die Opposition dagegen gibt nicht auf. Und erhält nun Verstärkung aus Bassersdorf.

Christian Felix

Publiziert: 05.03.2021, 11:28

1 Kommentar



Blick auf die geplante Kiesgrube westlich von Tagelswangen, das rechts zu sehen ist.

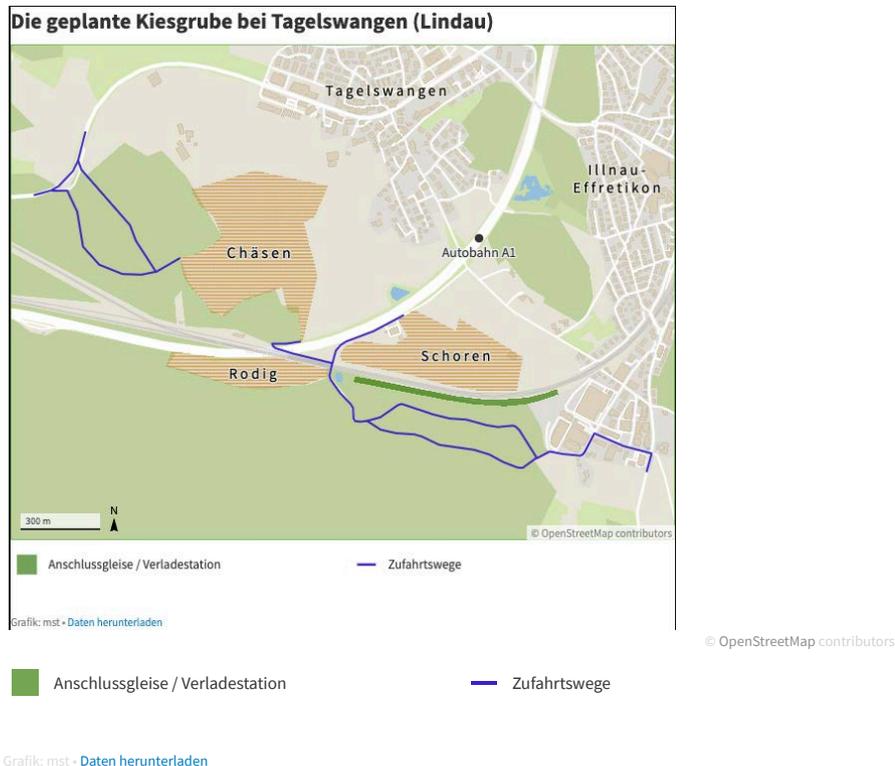
Foto: Madeleine Schoder

Ein Blick ins Jahr 2021: Die ganze Agglomeration Zürich-Winterthur ist überbaut. Die ganze Agglomeration? Nein! Ein kleines Stück Landschaft hat sich noch gehalten. – So könnte die Geschichte um die geplante Kiesgrube in Tagelswangen bei Lindau beginnen, in Anlehnung an die französische Comic-

Reihe «Astérix».

Die Tagelswanger beziehungsweise deren Interessengemeinschaft (IG) Kiesgrube-Nein wehren sich ebenso hartnäckig gegen den Kiesabbau wie einst die Gallier gegen die Römer. Nur fehlt ihnen der Zaubertrank, der Astérix im Comic übermenschliche Kraft verleiht.

Die geplante Kiesgrube bei Tagelswangen (Lindau)



Gegen die Rechtsordnung, die das Kieswerk ermöglicht, scheint in der Tat kein Kraut gewachsen, ebenso wenig wie gegen die Bedürfnisse der Kies- und Bauindustrie. Im privatwirtschaftlichen System gehören Bodenschätze dem Landbesitzer. Daher kann sich ein Kiesförderer über die Bodenbesitzer privat die Schürfrechte sichern. Mit Geld.

Im Fall von Tagelswangen hat sich die FBB (Frischbeton und Baustoffe) die Abbaurechte bereits in den 1990er-Jahren beschafft. Im Jahr 2009 bewilligte das Kantonsparlament den Eintrag des Tagelswanger Kiesvorkommens in den kantonalen Richtplan. Seither ist der Weg zum Kieswerk grundsätzlich offen.

Eine Oase im Schutzinventar

Trotz dieser Ausgangslage will die IG Kiesgrube-Nein die Kiesgrube verhindern. Diese wird südlich begrenzt von der Bahnlinie Flughafen-Winterthur, westlich von Waldstücken und im Osten und Norden von der Ortschaft Tagelswangen, Gemeinde Lindau. Diese grüne Oase ist seit 1980 im

kantonales Inventar von schützenswerten Landschaften eingetragen. Zu diesem Punkt sagt Markus Pfanner von der zuständigen kantonalen Baudirektion: «Mit der Aufnahme in ein Inventar wird ein Objekt nicht unter Schutz gestellt, sondern lediglich eine Schutzvermutung festgehalten.»

Überdies würden nach dem Eingriff die beanspruchten Flächen wieder in einen vom Gestaltungsplan beschriebenen Zustand überführt. Dabei würden auch die Aspekte der Landschaft berücksichtigt: Andreas Dintheer ist Kommunikationsverantwortlicher der IG Kiesgrube-Nein. Er entgegnet: «So entsteht höchstens eine Art Disney-Landschaft. Von aussen sieht sie vielleicht aus wie früher. Aber unter der dünnen Oberfläche ist alles weg.» Unter der Oberfläche liegt jetzt vor allem Kies.

Ein Trinkwasserspeicher

Das Tagelswanger Kiesvorkommen ist ein Grundwasserleiter. Das Wasser unter dem Kies fliesst in Richtung Südwesten und sichert im Gebiet Wangen-Brüttisellen, Dietlikon und weiter nach Süden die Wasserversorgung. Auch das gibt Dintheer zu bedenken.

Er selbst wollte 2007 in Tagelswangen eine Erdsonde für eine Heizung bohren lassen. In der Bewilligung dafür hielt das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (Awel) fest: «Der südliche Teil der Grundstücke befindet sich im Bereich des Grundwasserbeckens von Wangen. Die Bohrungen sind deshalb zwingend ausserhalb des auf der Katasterkopie vom 12. Juni 2006 schraffierten Teils der Grundstücke abzuteufen.» Dies, weil das Bohrloch in den unterirdischen Wasserspeicher vordringen würde. «Dabei besteht die Gefahr, dass bei einem Leck der Sonden das Grundwasser verschmutzt wird», sagt Pfanner.

«Der Kiesabbau darf maximal bis zwei Meter über dem Grundwasserspiegel erfolgen.»

Markus Pfanner, Baudirektion

Der Grundwasserschutz hat demnach für den Kanton erste Priorität. Und doch wieder nicht, wenn es um Kiesgruben geht. Pfanner teilt mit: «Das Abbaugelände in Tagelswangen liegt zwar im Gewässerschutzbereich (...), wie praktisch alle Kiesabbaugelände im Kanton Zürich. (...) Der Kiesabbau selbst darf jedoch maximal bis zwei Meter über dem Grundwasserspiegel erfolgen.» Anders gesagt, vielerorts im Kanton sind wichtige Grundwasserspeicher nur durch eine Schicht von zwei Metern Kies geschützt.

Kies her!

Das schlagende Argument des Kantons und der Kiesgrubenbetreiber ist schlicht der Bedarf nach Kies. Dintheer kontert: «Muss denn eine Kiesgrube ausgerechnet in einem dicht besiedelten Agglomerationsgebiet erfolgen?»

Dazu zunächst Martin Weder, Direktor des Fachverbands Schweizerische Kies- und Betonindustrie: «Grundsätzlich ist eine dezentrale Kiesversorgung mit Abbaustellen, die möglichst nahe bei den Baustellen liegen, sinnvoll.» Deshalb fördere in der Schweiz jeder Kanton seinen eigenen Kies. Das vermeide lange Transportfahrten.

«Der Kanton Zürich braucht 3 Millionen Kubikmeter Kies pro Jahr.»

Markus Pfanner, Baudirektion

Pfanner von der Baudirektion sagt: «In Kanton Zürich betrug 2019 das gewässerschutzrechtlich bewilligte Kiesrestvolumen circa 17 Millionen Kubikmeter. Bei einem durchschnittlichen Kiesbedarf von 3 Millionen Kubikmetern pro Jahr reicht das für fünf bis sechs Jahre.»

Natürlich vorausgesetzt, dass die Bautätigkeit etwa gleich wie in den letzten Jahren weitergeht (siehe Box). Nach dieser Rechnung müssen bis 2026 neue Kiesreserven zum Abbau bewilligt sein. In Tagelswangen beträgt das Aushubvolumen rund 8 Millionen Kubikmeter – das würde also für zwei bis drei Jahre reichen.

Kiesnachfrage auf der Kippe

▼ Infos einblenden

Ein beträchtlicher Teil der Zürcher Kiesvorräte liegt im Landrücken zwischen Pfäffiker- und Greifensee und, flussabwärts, zwischen Glatt und Kempt. Die Tagelswanger Landschaftsoase ist der nordwestlichste Zipfel dieses Landrückens. Die meisten Abbaureserven in diesem Gebiet liegen entweder in Wäldern, nahe an Siedlungen oder in schützenswerten Landschaften. Rein geografisch gibt es nur noch wenige Ausweichmöglichkeiten.

Bevölkerung schützen

Dass in Tagelswangen Kies abgebaut wird, scheint also gewisse Offenheit

Dass in Tagelswangen Kies abgebaut wird, scheint also gewiss. Offen bleibt das Wie und das Wann. Das Wie wird in einem Gestaltungsplan des Kantons geregelt. Dieser Plan enthält flankierende Massnahmen. Der Kies wird laut Plan zum grössten Teil mit der Bahn abtransportiert. Die Kiesgrube reicht höchstens 250 Meter an Tagelswangen heran. Um die Siedlung vor Staub und Lärm zu schützen, wird ein Wall aufgeschüttet und mit Büschen bepflanzt.

Mehr Beeinträchtigungen für Tagelswangen als die Kiesgewinnung selbst bringt die zweite Phase. Dann, wenn die Grube wieder gefüllt wird. Abraummateriale fällt nach und nach an. Deshalb wird es mit Lastwagen transportiert. Für diesen Strassentransport legt der Gestaltungsplan genaue Transportwege fest. Diese und weitere Zugeständnisse der Firma FBB an die Gemeinde Lindau sind in einem privaten Vertrag zwischen den Behörden und dem Baustoffunternehmen festgehalten.

«Das Baugesuch wird die Vereinbarungen respektieren müssen.»

Susanne Sorg, Gemeinderätin Lindau

Daran beteiligt ist auch Illnau-Effretikon. Der Inhalt des Vertrags ist in den Gestaltungsplan eingeflossen. Bis letzten November waren Stellungnahmen und Einwendungen gegen diesen Plan möglich. Als nächster Schritt setzt die Baudirektion im Frühling den bereinigten Gestaltungsplan fest. Anschliessend erfolgt die Baubewilligung. Gegen beides sind Rekurse möglich.

Bassersdorf verlangt A-1-Anschluss

«Die Gemeinde Lindau hat während der öffentlichen Auflage keine Einwendungen gegen den Gestaltungsplan geäussert», sagt Gemeinderätin Susanne Sorg, zuständig für Hochbau und Planung. Dies jedoch unter einer Bedingung: «Auch das Baugesuch wird die in unserem Vertrag mit der FBB geschlossenen Vereinbarung respektieren müssen».

«Der Kiesabbau verwandelt die Umgebung von Tagelswangen in eine Mondlandschaft.»

Andreas Dintheer, IG Kiesgrube-Nein

Dafür jedoch schaltet sich jetzt Bassersdorf ein. Diese Gemeinde erhebt nun sehr wohl Einspruch gegen den Gestaltungsplan. Sie ist nicht unmittelbar von der Kiesgrube betroffen, wohl aber von Lastwagenfahrten von und zur Grube. Aus Bassersdorf kommen zwei Forderungen: Einerseits soll die Kiesgrube durch einen Betriebsanschluss mit der A 1 verbunden werden. Ein solcher Anschluss könnte alle betroffenen Gemeinden vom Werkverkehr entlasten. Andererseits will Bassersdorf in den Vertrag mit der FBB aufgenommen werden.

Die IG Kiesgrube-Nein wiederum hat natürlich in allen strittigen Punkten Einwendungen gegen den Gestaltungsplan erhoben. Was Dintheer von der IG vor allem fürchtet: «Der Kiesabbau verwandelt die Umgebung von Tagelswangen für Generationen in eine Mondlandschaft.»

Geringe Kompensationszahlung

Laut Vertrag zwischen Gemeinde und FBB scheint das zunächst nicht der Fall. Der Abbau beginnt im südlichen Teil. Hier ist ein Landspickel namens Rodig betroffen, der zwischen Autobahn und Eisenbahn eingeklemmt ist und weit entfernt von Wohnsiedlungen liegt.

Laut Vertrag darf die FBB hier 16 Jahre lang Kies fördern und hat danach zwei Jahre Zeit, um das Land zu rekultivieren. So jedenfalls teilte das die Gemeinde im «Lindauer» mit. Im empfindlichen nördlichen Teil des Abbaugbiets beträgt die festgelegt Förderzeit zehn plus zwei Jahre.



Die Kiesgrube Seegräben-Ottenhausen sollte bis 2017 wieder aufgefüllt werden, im November 2020 war sie das noch nicht.
Foto: PD

Dintheer bezweifelt, ob diese Fristen eingehalten werden. Er verweist auf die Kiesgrube Seegräben, die auch von der FBB betrieben wird. Seit 2017 sollte sie wieder aufgefüllt sein. Doch noch immer klafft in Seegräben ein Loch in

der Landschaft. Im Vertrag zwischen der Gemeinde Lindau und der FBB ist zwar eine Kompensationszahlung vorgesehen, falls das Kiesunternehmen die festgelegten Fristen überschreitet. Sie beträgt aber gerade mal 5000 Franken im Monat, ein Betrag, der für ein Unternehmen wie die FBB wenig ins Gewicht fällt.

Brüttener Tunnel

Ohnehin wäre es Augenwischerei zu behaupten, die Kiesgrube Tagelswangen sei ein besonders umweltfreundliches Projekt. Flankierende Massnahmen hin oder her. So zum Beispiel spart die zentrale Lage der Grube im Kanton keine Transportkosten. Verbaut wird nicht Kies, sondern Beton.

Diesen stellt die FBB in ihren verschiedenen Werken her, zum Beispiel in Bauma oder Bäretswil. Im «Lindauer» spricht die Gemeinde über «die im Raum stehende Möglichkeit einer Koordination mit den SBB beim Bau des Brüttener Tunnels».

Der geplante Brüttener Tunnel und das angedachte Förderband zum Kieswerk



Das klingt vielversprechend. Der neue Tunnel wird die Bahnstrecke zwischen Flughafen und Winterthur verkürzen. Das südwestliche Tunnelportal kommt nur sechs Kilometer Luftlinie von der Kiesgrube aus zu liegen.

«Ein konkreter Entscheid zum Tunnelaushub ist noch nicht gefallen.»

Raffael Hirt, Mediensprecher SBB

Raffael Hirt, Mediensprecher der SBB sagt: «Die SBB transportieren den Aushub des Tunnels aus heutiger Sicht hauptsächlich über das Schienennetz oder mittels Förderbänder, im direkten Umfeld der Baustellen indes mittels Lastwagen. Eine konkrete Entscheidung dazu ist aber noch nicht gefallen».

Es ist also offen, ob dieses Vorgehen 250'000 Lastwagenfahrten einsparen wird, wie das die Gemeinde Lindau hofft. Der früheste Baubeginn des Tunnels liegt im Jahr 2026. Dieses Datum könnte sich zwar noch nach hinten verschieben. Ob bis 2026 oder auch später genügend Kies abgebaut ist, um überhaupt Platz zu schaffen für den Tunnelaushub, bleibt ungewiss.

Zudem beträgt laut Pfanner die Ausbruchkubatur des Brüttener Tunnels 2,3 Millionen Kubikmeter. Das würde die Kiesgrube nur zu 30 Prozent füllen. Die Koordination des Kiesabbaus in Tagelswangen mit dem neuen SBB-Tunnel bleibt damit höchstens ein Nebenaspekt.

Umverteilung nach Schwyz

Ursula Ramseier, Umweltschützerin und Vertreterin der IG Kiesgrube-Nein, sagt: «Vom Raumplanungsrecht her gesehen kommt man bei einer Güterabwägung zum Schluss, dass die Kiesgrube Tagelswangen unzulässig ist.» Laut Ramseier entsteht in Tagelswangen ein beträchtlicher volkswirtschaftlicher Schaden. Nicht nur, aber auch für alle, die Immobilien besitzen, eingeschlossen die Gemeinden selbst.

«Eine Kiesgrube wirkt nicht attraktiv auf Immobilienpreise.»

Ursina Kubli, Immobilien-Research ZKB

Dies bestätigt auch Ursina Kubli, Leiterin Immobilien-Research der ZKB. Sie sagt: «Die Makrolage – dazu gehören die Lage im Kanton, die Verkehrsverbindungen, Steuern und weitere feste Faktoren – verändert sich für die Gemeinde Lindau nicht. Dafür jedoch die Mikrolage, die unmittelbare Umgebung der Liegenschaften. Eine Kiesgrube ist nicht attraktiv.»

«Es wird Vermögen von kleinen Privaten an einen grossen privaten Gewinner verschoben.»

Ursula Ramseier, Umweltschützerin und Vertreterin
der IG Kiesgrube-Nein

Mit diesem Schaden werden laut Anwältin Ramseier die Anwohnerinnen und Anwohner im Regen stehen gelassen: «Im Grundsatz wird Vermögen von kleinen Privaten an einen grossen privaten Gewinner verschoben.» Und vom Kanton Zürich in den Kanton Schwyz.

Denn die verschiedenen Unternehmen der FBB sind unter einem Holdingdach zusammengefasst. Diese Holding befand sich bis 2019 in Zug. Inzwischen hat die FBB Holding AG ihren Sitz in Wollerau, am Wohnsitz des Firmeneigentümers Christian Gubler (Handelsregister Schwyz).

Publiziert: 05.03.2021, 11:28



Landbote am Morgen | Wochentags

Die wichtigsten News aus der Region auf einen Blick.

E-Mail

Newsletter abonnieren

Mit dem Klick auf «Newsletter abonnieren» akzeptieren Sie unsere AGB und nehmen unsere Datenschutzerklärung zur Kenntnis.

1 Kommentar

Ihr Name

Speichern

Steiner

05.03.2021

Come on! Wachsen, wachsen, wachsen! Mit Vollgas auf die ökologische Wand zu, dann tut's beim Aufprall nicht so weh!

← Zurück | Antworten | Melden

2 3 4 | Antworten | Medien



[Startseite](#)

[E-Paper](#)

[E-Paper](#)

[Impressum](#)

[AGB](#)

[Datenschutz](#)

[Kontakt](#)

[Zustellunterbruch](#)

[Abo abschliessen](#)

Alle Online-Medien von Tamedia

© 2021 Tamedia. All Rights Reserved